

Herausgeber: DPoIG-Bundesleitung

Friedrichstraße 169/170
10117 Berlin
Telefon (030) 47 37 81 23
Telefax (030) 47 37 81 25

31.07.2015

dpolg@dbb.de
www.dpolg.de
V.i.S.d.P.: Rainer Wendt

DPoIG begrüßt Versammlungsverbot um Flüchtlingsheim in Freital – Versammlungsfreiheit ist nicht gefährdet

DPoIG Bundesvorsitzender Rainer Wendt hat die Entscheidung des Landratsamtes Pirna, ein Versammlungsverbot vor der Flüchtlingsunterkunft in Freital (Sachsen) einzurichten, begrüßt. „Die Sorge vor erneuten Ausschreitungen ist berechtigt und deshalb ist diese Entscheidung auch gerechtfertigt.“, sagte **Wendt** in Berlin. Die Gefahr, Demonstrationen und Versammlungen vor Flüchtlingsheimen zu erleben, von denen Hassattacken bis hin zu gewalttätigen Übergriffen ausgehen, sei leider in den letzten Wochen stark gestiegen.

Wendt: „Es ist völlig unverständlich, dass immer erst die Gewalt derart explodieren muss, bis der Staat durchgreift. Die Polizei kann aufgrund der personell angespannten Situation nicht jede Flüchtlingsunterkunft rund um die Uhr schützen. Deshalb müssen andere Lösungen gefunden werden. Eine Art Schutzzone um Flüchtlingsheime, in denen nicht demonstriert werden darf, kann zur Entspannung der aufgeheizten Stimmung beitragen. Damit würde auch gegenüber denjenigen, die vor Terror und Gewalt zu uns geflüchtet sind, ein wirkungsvolles Zeichen gesetzt.“

Das bedeutet im Übrigen nicht, dass das hohe Gut der Versammlungsfreiheit in Gefahr wäre. An anderen Orten und Plätzen sollen die Bürger ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen und ihren Unmut gegenüber der Flüchtlingspolitik öffentlich äußern können.“